

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 2.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 8. Januar 1909.

Inserationspreis für die viergesp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 7605. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Der Einfluss der „Industrie“ auf die Sozialpolitik.

Es ist kein Ruhmestitel für die deutsche Industrie, daß ihre hauptsächlichsten Vertreter fast zu allen Zeiten den Fortschritten auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und des Arbeiterrechtes, den größten Widerstand entgegengesetzt. Abgesehen vielleicht von den sozialen Versicherungsgesetzen, hat jede gesetzliche Sozialreform bei den industriellen Scharfmachern eine mehr oder weniger scharfe Opposition gefunden. Wäre es stets nur bei der Opposition geblieben, dann würde das bei dem Charakter der Deutschen weiter nicht auffallen. Aber, daß in so vielen Fällen, um nicht zu sagen fast allen Fällen, den Wünschen der Scharfmacher Rechnung getragen wurde ist ein Zeichen für den unheilvollen Einfluss, den jene in Deutschland, besonders aber in Preußen auf die sozialgesetzgeberischen Maßnahmen ausüben.

Seit Jahren ist es so gewesen und kann man fast zu der Anschauung neigen, daß die näherliegende kommende Zeit, eine Aenderung hierin nicht bringen wird. Die Zeitung „Das Reich“, deren Informationen aus Regierungskreisen nicht zu den schlechtesten gehören dürften, berichtete vor etwa Jahresfrist in beweglichen Tönen, daß der Einfluss der Scharfmacher auf gesetzgeberische Aktionen eher größer als geringer geworden sei. Und das trotz der Reichstagswahlen, bei denen die Masse gezeigt hat, daß sie hinter der Regierung steht. — In unserem schnelllebigen Zeitalter vergißt man nur zu leicht, was früher war und bedenklich zu wenig, was noch kommen kann. Als die sog. Zucht aus Vorlage seligen Angedenkens zur Beratung im Reichstage anstand, da fand diese in den Vertretern der deutschen Industrie, warme Befürworter. Ja nicht nur das, man kann gar die Scharfmacher als die Väter dieser Vorlage bezeichnen. Und wie weit ihr Vertrauen zur Regierung ging, lehrt am besten die Tatsache, daß damals dem Reichsamt des Innern, dem Verbands der Industriellen 12000 Mk. zur Agitation für die Vorlage zur Verfügung gestellt wurden. Daß solches gar unter der Amtstätigkeit eines Grafen Posadowski geschehen konnte, lehrt wie stark die Scharfmacher sich bei den Maßnahmen der Gesetzgebung fühlen. Doch hat der Reichstag einen Strich durch die scharfmacherische Rechnung gemacht und an der Koalitionsfreiheit der deutschen Arbeiter damals nicht gerüttelt. Im preussischen Landtage hätten die Scharfmacher sicherlich ein leichteres Spiel gehabt. Regte sich dieser noch nach Beendigung des Ruhrbergarbeiterstreiks sozialreaktionärer, wie die preussische Regierung. Infolge des famosen Dreiklassenwahlsystems ist es den Scharfmachern nicht allzu schwer, die Vertreter des Geldsackes in das Abgeordnetenhaus zu entsenden. Ein Einfluss auf die Regierung ist da nicht so vonnöten. Anders liegen die Dinge im Reich, wo die Masse des Volkes durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einen Einfluss auf die Zusammenlegung des Reichstages hat. Welche Chancen die Scharfmacher im zeitigen Reichstage haben, das zu untersuchen ist nicht Sache eines Gewerkschaftsblattes.

Auffallen aber mußte es, daß ein leitender Staatsmann, wie die Tagespresse i. Zt. berichtete, sich äußern konnte, der Sprachenparagraf im Reichsverfassungsgesetz sei auch auf Wunsch von Kreisen, die der Industrie nahestanden, geschaffen worden. Die Wünsche der letzteren sind ja nicht unerfüllt geblieben. — Eine nicht geringe Opposition gegen den Ausbau des Arbeiterschutzes ist in den letzten Wochen von den industriellen Scharfmachern und ihren Organen gemacht worden. Es handelt sich hierbei um den 10stündigen Maximalarbeitszeit für Arbeiterinnen. Kein Mensch mit gesundem Empfinden, wird sich gegen eine derartige Maßnahme auflehnen. Anders die Scharfmacher. Nach ihnen steht der Ruin der deutschen Industrie bevor. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die große Mehrheit der Arbeiterinnen bereits den Befehlshandtag besitzt. Der Reichstag ist den Wünschen der „Industrie“ trotzdem noch entgegengekommen, indem er 40 resp. 50 Ausnahmetage von der 10stündigen Arbeitszeit bewilligte. Damit sind die Scharfmacher noch keineswegs befriedigt. Wie eine Zuschrift an die „Rheinische Zeitung“ zu Nielsen weiß, soll durch eine Eingabe an den Bundesrat versucht werden, daß letzterer die Genehmigung zu den Beschlüssen des Reichstages nicht gebe. Ob die Aktion wirklich erfolgt ist, weiß man nicht. Erstreulich aber, daß die Zustimmung des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstages in den letzten Tagen erfolgte.

Kann man hier die Pläne der Scharfmacher gescheitert, werden schon wieder Stimmen laut, die die Wirksamkeit der „Industrie“ an einer anderen Stelle verkünden. Der preussische Handelsminister Delbrück soll ihnen unbehagen geworden sein. Ausgerechnet Delbrück, der als Schrittmacher der „Industrie“ gilt und der den Beweis für die Anteilnahme an den „Interessen der Industrie“ durch seine Nebenamtstätigkeit als Arbeiterorganisationen, insbesondere gegen die Forderungen der christl. Gewerkschaften, erbracht. Was soll denn

nur dieser verbrochen haben? Man höre: Erstens ist er auf dem 2. deutschen Arbeiterkongress zugegen gewesen. Obwohl er dort kein Wort verloren, wird ihm die Teilnahme als Unzuverlässigkeit in Fragen der Industrie angerechnet. Zweitens soll er der Arbeiterschaft gelegentlich des graufigen Unglücks auf Radbod in seinen Landtagsreden zu weit entgegengekommen sein. Das sind die „sozialen Sünden“ des Herrn Delbrück. Deshalb fort mit ihm aus dem Handelsministerium! Mag er im Kultusministerium, wo keine „Interessen der Industrie“ auf dem Spiele stehen, weiter wirken. Bekanntlich hatte Herr Delbrück gelegentlich des Radboder Unglücks betont, daß kein Arbeiter der Sache, der wahrheitsgetreue Angaben über die Ursache des Unglücks mache, dadurch Schaden erleide. Falls aus solchem Anlaß Maßnahmen stattfinden, würden die Arbeiter auf den staatlichen Gruben beschäftigt. Diese korrekte Sprache haben die Scharfmacher Herrn Delbrück verübelt und schwer ist er bei ihnen in Ungnade gefallen. Wie sich die Scharfmacher die Sache denken, geht aus der von ihnen geübten Praxis hervor. So ist z. B. der Sprecher der Bergarbeiter-Deputation, die bei einem kaiserlichen Prinzen nach dem Unglück vorstellig wurde, auf einer Grube des Bochumer Reviers, gemahregelt worden.

Es scheint überhaupt das Schicksal aller preussisch-deutscher Minister, die sich mit der Sozialpolitik beschäftigen müssen, zu sein, über kurz oder lang den Einflüssen der „Industrie“ zu weichen. Und das ist gerade ein Beweis für den Einfluss der Scharfmacher auf die Gesetzgebung, daß fast jeder der weichen Minister, während seiner Amtstätigkeit sich von einem Saulus zum Paulus entwickelte. Freiherr von Verlepsh, der heutige Präsident der Gesellschaft für Sozialreform, hat bei Beginn seiner Amtstätigkeit ebensowenig Vorbeeren auf sozialpolitischem Gebiete erobert, wie Graf Posadowski anfänglich sich um die Sozialreform verdient gemacht hat. Beide haben während ihrer Amtstätigkeit andere Bahnen eingeschlagen, gegen den Willen der Scharfmacher, denen sie weichen mußten. Sollte es mit Herrn Delbrück schließlich nicht gerade so gehen? Und von hier bis zum Reichsamt des Innern, ist ja auch kein weiter Schritt. Herr von Bethmann-Hollweg, der das Dreiklassenwahlrecht aus ethischen Motiven rechtfertigte, sprach sogar auf dem zweiten deutschen Arbeiterkongress. Und wenn die Scharfmacher heute gegen den vermehrten Schutz der Arbeiterinnen Sturm laufen, dann laufen sie Sturm gegen sein Werk.

Wir Arbeiter haben aus den Vorgängen zu lernen, daß es auch noch andere Aufgaben zu erfüllen gibt als gewerkschaftliche und daß nicht zuletzt der Emanzipationskampf des vierten Standes in der politischen Arena ausgefochten wird.

Klassenmoral.

Die Existenz eines höheren Sittengesetzes wird von der sozialdemokratischen Weltanschauung geleugnet. Bestimmte, ewig gültige Normen, die alle Menschen als die Grundlage ihres Handelns und Denkens anerkennen und befolgen müssen, verwerfen die Sozialdemokraten. Sie proklamieren für das wirtschaftliche Leben das brutale Faustrecht, dessen einziger Rechtsgrundsatz die Macht ist. Sie haben ihre Glaubenslehre in dem Ausdruck „Klassenkampf“ formuliert. Die Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, sagt Marx. In dem Vernichtungskriege der einen Klasse gegen die andere gelten keine sittlichen Grundsätze; sittliche Pflichten hat man dem Feinde gegenüber nicht. Raubthier hat sich in seinem Buche über Ethik des Sozialismus dahin ausgesprochen, daß es eine Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Gegner gegenüber nicht gebe. Das ist manchen „Genossen“ unbehagen gewesen und sie haben diesem Satz — der nur eine ganz lausache Lehre der materialistischen Weltanschauung ausspricht — eine andere Auslegung zu geben versucht. Ungeheimt spricht dagegen die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ in Nr. 292, vom 15. Dez., die sozialdemokratische Klassenmoral aus. Es heißt in einem längeren Artikel über Klassenethik:

„Die Sittlichkeit bildet das Band, das die menschlichen Gemeinschaften zusammenhält. Ohne die gegenseitige Treue, Solidarität, Wahrhaftigkeit und Selbstaufopferung ihrer Mitglieder konnten sie nicht bestehen bleiben. Diese Gefühle gelten nur innerhalb der Gemeinschaft, der man angehört, mit der man durch dieselben Interessen verbunden ist. Hier sind sie notwendig; wo diese Interessen mit denen anderer Gruppen kollidieren, wären sie schädlich. Dem Feinde gegenüber, mit dem man kämpft, haben die sozialen Gefühle keine Geltung; man opfert sich nicht für ihn, übt keine Solidarität gegen ihn, sondern man sucht ihn zu schwächen und zu schädigen. So handelt in der primitiven Gesellschaft Stamm gegen Stamm, so in der zivilisierten Welt Klasse gegen Klasse. Wenn wir in solcher Weise die Tatsache feststellen, daß das Sittengesetz bei allen Klassen und Gruppen nachweislich immer nur gegen Genossen, nicht gegen Feinde anerkannt wird, entrüsten sich unsere Gegner darüber und stellen es so dar, als empfehlen wir den Arbeitern den Klassenkampf als jenseits sozialdemokratische Ethik.“

Auch der Unternehmer befolge seinen Arbeitern gegenüber die sittlichen Gebote nicht, heißt es dann weiter. Ja, er könne sie gar nicht befolgen, denn die Konkurrenz zwingt ihn, Hungerlöhne zu zahlen und die Gesundheit seiner Arbeiter in langer Arbeitszeit zu untergraben. Würde er nach den sittlichen Geboten handeln, so wäre sein Bankrott sicher.

„Der feindlichen Klasse gegenüber herrscht Kriegrecht statt Sittengesetz, schweigen alle sozialen Gefühle. Nicht den Menschen lieben, sondern den Feind bestegen, gilt hier als Grundgesetz. . . . Gegen den Klassenfeind gibt es keine sozialen Pflichten; ihr Leben wird vernichtet, wenn unsere Machtstellung es erfordert.“

Da ist die materialistische Klassenmoral in ihrer ganzen Brutalität und Gemeinheit ausgesprochen. Lüge, Verleumdung, Treulosigkeit und Salunkereien schlimmster Art sind nach dieser Moral höchst erlaubte Mittel im Kampfe gegen den Klassenfeind, gegen den Gegner überhaupt. Welcher Art sind denn vielfach die Waffen, die „Genossen“ gegen die christliche Arbeiterbewegung führen?

Es ist nicht wahr, daß zu allen Zeiten diese Klassenmoral gegolten und angewendet ist. Ehrlichkeit und Treue haben gegolten schon im tiefsten Altertum und wurden selbst von den unkultiviertesten Völkern geachtet und geschätzt auch dem Feinde gegenüber. Die zehn Gebote Gottes gelten für alle und galten für alle Menschen vom ersten Tage ihrer Verkündigung an.

Es ist geradezu lächerlich, zu welchen Unsinnsigkeiten die „Rh. Ztg.“ kommt. Der Unternehmer müsse die sittlichen Grundsätze mißachten, müsse Hungerlöhne zahlen und die Gesundheit der Arbeiter ausbeuten, sonst ginge er bankrott. Lächerlich! Hätten dann die fortwährenden Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht dem ganzen Unternehmertum den Bankrott näher bringen müssen? Wird nicht tagtäglich auch von Sozialdemokraten behauptet, daß gute Löhne und kurze Arbeitszeit eine Gesundung des Gewerbes zur Folge hätten? Wie sehr die Arbeitgeber dem Bankrott entgegensehen, beweisen die hohen Überschüsse vieler Unternehmungen, mit denen gerade die „Genossen“ sehr gerne über das rückständige, „prüfungsreife“ Arbeitgebertum herfallen.

Die sozialdemokratische Klassenmoral schlägt dem Gewerkschaftsgedanken geradezu ins Gesicht. Wird sich der Unternehmer zum Verhandeln und zu Verträgen mit den organisierten Arbeitern hergeben wollen, wenn Treu und Glauben keine Geltung mehr haben sollten? Müßte er nicht ein eingekehlter Tölpel sein, wenn er Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zugestehen wollte, wo sich die sozialdemokratischen Arbeiter doch selbst sagen, daß es den Arbeitgeber an den Bankrott bringe. Kennen die sozialdemokratischen Arbeiter die Moral, wie sie von Raubthier und der „Rh. Ztg.“ gelehrt wird, sie würden sich dagegen aufbäumen. Oder sind die vielen Terrorismusfälle schon ein Ausdruck der roten Moral?

Die „Rh. Ztg.“ proklamiert den brutalen Machtgrundsatz. Damit entzieht sie der Arbeiterschaft den Rechtsboden, auf dem diese ihre Forderungen auf Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erhebt und begründet. Der Unternehmer, der ausbeutet, handelt ja nur nach der Lehre der Klassenmoral. Warum denn die Entrüstung von den Sozialdemokraten über Hungerlöhne, lange Arbeitszeit, Raub des Koalitionsrechtes, schlechte Behandlung usw.? Dem Klassenfeinde gegenüber gelten doch keine sittlichen Grundsätze, „den Feind bestegen, wenn die Macht es erfordert“.

Sittliche Grundsätze gelten nur gegenüber den Klassen-genossen. Es gibt also sittliche Grundsätze bei den Sozialdemokraten. Wer hat diese aufgestellt, wann wurden sie proklamiert, womit wurden sie begründet? Kann es ein Sittengesetz geben, wenn es keinen ewigen Schöpfer gibt?

Welche erzieherische Wirkung hat eine solche Klassenmoral? Will die Sozialdemokratie mit Menschen einen Idealstaat errichten, die in Faß, Treulosigkeit und Unehrlichkeit gegen die Feinde erzogen sind? Wird nicht heute schon von „Genossen“ geklagt, daß die eigenen Parteibrüder untereinander mit Lüge und Hinterlist kämpfen? Reichhäufer hat wohl nicht Unrecht, wenn er die Wirkung der sozialdemokratischen Morallehre dahin ausdrückt: „In der sozialdemokratischen Partei sind die rein menschlichen Umgangsformen bereits auf einen Tiefstand gelangt, der ein weiteres Sinken nicht mehr zuläßt.“

Eine gute Antwort.

Der sozialdemokratische (alte) Bergarbeiterverband hatte den Vorstand des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter zur Teilnahme an einem „gemeinsamen deutschen Bergarbeiterkongress“, der im Laufe des Monats Januar in Berlin stattfinden soll, eingeladen. Angeblich sollte dieser Kongress stattfinden, um anlässlich des furchtbaren Unglücks auf Zeche

Rabbot Stimmung für ein Reichsberggesetz und die Einführung von Arbeiterkontrollen im Bergbau zu machen. — Da jedoch aus Anlaß des genannten Unglücks schon alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um bessere gesetzgeberische Maßnahmen für die Bergarbeiter zu erhalten, würde sicherlich auch ein „deutscher Bergarbeiterkongress“ an den Dingen nichts ändern. Die Einladung zu dieser Tagung seitens des sozialdem. Bergarbeiter-Verbandes mußte deshalb anderen Gründen entspringen, die mit den eigentlichen Interessen der Bergarbeiter nichts zu tun hatten.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat nun die Einladung des alten Verbandes mit folgendem Schreiben beantwortet:

Essen-Ruhr, den 22. Dezember 1908.

An den Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W.

Auf ihre Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung zwecks Beratung der Mittel, wie unsere Forderung nach einem Reichsberggesetz vorwärts gebracht werden kann und einer Aussprache über die Abhaltung eines gemeinsamen deutschen Bergarbeiterkongresses teilen wir Ihnen folgendes mit:

1. Die Zeitung des Gewerksvereins christl. Bergarbeiter hat, wie bekannt, schon in diesem Sommer recht eingehend mit der Frage beschäftigt, wie die Hauptforderungen der Bergleute ihrer Erfüllung näher gebracht werden können. Von der Erwägung ausgehend, daß keine Aussicht zu der Erfüllung aller unserer berechtigten Forderungen durch die Landesgesetzgebung vorhanden ist, hat der Gewerksvereinsvorstand beschlossen, eine gut begründete Petition um die Erfüllung der Hauptwünsche der Bergarbeiter an den Deutschen Reichstag zu richten. Von diesem Beschluß sind die Mitglieder des Gewerksvereins und die Öffentlichkeit durch einen entsprechenden Aufruf in der Nr. 30 des „Bergknappen“ vom 25. Juli d. J. in Kenntnis gesetzt worden. Die Veröffentlichung des Beschlusses erfolgte so frühzeitig, um allen diejenigen, die eine Verbesserung der Lage der deutschen Bergarbeiter herbeiführen wollen, die Möglichkeit zu geben, in demselben Sinne zu wirken. Es sind auch von der politischen Berufsvereinerung und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe Petitionen in gleichem Sinne dem Reichstage zugegangen. Wie bekannt, ist unsere Petition inzwischen mit über 160000 Unterschriften versehen dem Deutschen Reichstage zugegangen. Das dann eingetretene große Unglück auf Zeche Rabbot hat erneut den Beweis geliefert, wie berechtigt und notwendig der in der Petition des Gewerksvereins geforderte bessere Bergarbeiterstatus, insbesondere der Einführung von Arbeiterkontrollen, ist. Wie in Ihrem Schreiben mit Recht hervorgehoben wird, besteht jetzt mehr wie früher Stimmung für ein Reichsberggesetz und für die Einführung von Arbeiterkontrollen in unserer Mitte. Die Forderung des Reichsberggesetzes wird, das haben die Verhandlungen im Reichstage ja bereits bewiesen, hier eine große Mehrheit finden.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat, wie vorstehend gezeigt, bereits die nötigen Schritte getan, um eine reichsgesetzliche Regelung der Hauptforderungen der Bergarbeiter herbeizuführen. Er kann sich von der Beibehaltung eines gemeinsamen deutschen Bergarbeiterkongresses in diesem Augenblicke einen besonderen Erfolg nicht versprechen. Wenn der Deutsche Reichstag und die Regierung den in unserer Petition von über 160000 deutschen Bergleuten geäußerten Wünschen der Bergarbeiter nicht entsprechen, so wird auch ein Kongress nicht mehr Erfolg haben. Es ist überdies bekannt, daß alle deutschen Bergleute ein Reichsberggesetz verlangen. Aus diesem Grunde kann der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter an einem Kongress nicht teilnehmen und auch der Einladung zu der gemeinsamen Sitzung nicht entsprechen. Wenn die Zeitung des sozialdem. Bergarbeiterverbandes, der, wie das Verbandsorgan, die „Bergarbeiterzeitung“, in ihrer Nummer 44 vom 31. Oktober a. J. bemerkt, nur deshalb davon abgesehen hat, eine eigene Einladung zu der Forderung des Reichsberggesetzes zu stellen, „da dem Deutschen Reichstag noch ein Initiativantrag

der sozialdem. Fraktion vorliegt,“ jetzt, von den Mitgliedern gedrängt, ebenfalls Schritte nach dieser Richtung hin unternehmen will, so freuen wir uns aufrichtig über die Beendigung der bisherigen Latenzlosigkeit der Verbandsleitung in dieser Angelegenheit. Der von Ihnen vorgeschlagene Kongress kann jedoch, wie angeführt, keinen größeren Erfolg haben wie die vom Gewerksverein bereits eingereichte Petition und wiegt deshalb die dadurch entstehenden Kosten nicht auf. Außerdem liegen ja bereits dem Reichstage verschiedene Anträge auf reichsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse vor.

2. Abgesehen von den angeführten praktischen Gründen, die einen gemeinsamen Bergarbeiterkongress und eine gemeinsame Sitzung mit Ihnen jetzt als nutzlos und deshalb überflüssig erscheinen lassen, haben Sie selbst durch Ihr Verhalten dem Gewerksverein gegenüber es dahin gebracht, daß sich Vertreter des Gewerksvereins nur, wenn es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig erscheint, mit Ihnen zusammenlegen können. Auf dem vorjährigen internationalen Bergarbeiterkongress ist der Verbandsvorsitzende Sache ganz energisch für den Ausschluß des Gewerksvereins und der übrigen nichtsozialdemokratischen deutschen Bergarbeiterorganisationen vom internationalen Kongress eingetreten. Später hat dann das internationale Komitee, dem drei Vertreter Ihres Verbandes angehören, den Beschluß gefaßt, aus jedem Lande nur eine Vertretung zuzulassen. Diesem Beschluß haben die Verbandsvertreter zugestimmt, sie haben ihn nachher auch verteidigt. Durch den vom Verband gewünschten und gebilligten Beschluß, der vom letzten internationalen Kongress bestätigt wurde, ist dem Gewerksverein die Teilnahme am Kongress unmöglich gemacht, weil der Gewerksverein unter den heutigen Verhältnissen mit Ihrem sozialdem. Verband keine einheitliche Vertretung bilden kann. Und das, trotzdem sie zugeben müssen, daß Ihr Verband in Deutschland ohne den Gewerksverein wenig und gegen ihn nichts ausrichten kann.

Noch empörender wie das Verhalten der Verbandsvertretung in der internationalen Bewegung ist die vom Verbandsvorstand nach der Einreichung der Petition des Gewerksvereins an den Deutschen Reichstag erlassene öffentliche Erklärung: „Warum schiebt der Gewerksverein die Siebenerkommission beiseite?“ In der Erklärung wird der Gewerksverein angegriffen, weil er selbständig eine Petition einreichte und diesen Schritt nicht gemeinsam mit den anderen Verbänden durch die Siebenerkommission machte. Der Angriff ist unberechtigt, weil der Gewerksverein als selbständige Organisation das Recht hat, selbständig zu handeln. Trotz unseres zeitweisen Zusammengehens in gewissen Fällen haben alle beteiligten Organisationen doch das Recht, selbständig die ihnen notwendig erscheinenden Schritte zu tun, um eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder oder aller Bergarbeiter zu erreichen. Von diesem Rechte ist bisher auch immer Gebrauch gemacht worden. Sie selbst geben ja in Ihrer gegen uns gerichteten Erklärung zu:

„In Revision, wo unser Verband fast allein (Wir wollen Ihnen diese Unwahrheit gern schenken. D. U.) in Frage kommt, haben wir auch dieses Jahr wieder Petitionen über spezielle Revisionen an die Parlamente gesandt, so für das Sippische Revier, für das Anhaltische, ebenso für Lothringen und für die Königreiche Bayern und Sachsen.“

Wie Sie angesichts dieses Zustandes uns wegen der gleichen berechtigten Haltung angreifen können, ist uns unerklärlich. In Ihrer Erklärung wird der Gewerksverein und seine Mitglieder in einer in der deutschen Arbeiterbewegung fast einzig dastehenden Weise beschimpft. Und das, trotzdem Ihr Organ, die „Bergarbeiterzeitung“, sich in ihrer Nummer 44 vom 31. Oktober d. J. mit den Forderungen des Gewerksvereins einverstanden erklärte und wörtlich schrieb:

„Diese Forderungen, die das Koalitionsrecht, die Schwarzen Listen und Sperren, achtstündige Schicht, das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit, die Grubenkontrollen und Sicherung der Arbeiterausübungsmittel und der Grubenkontrollen betreffen, finden selbstverständlich unsere volle Zustimmung.“

Der Gewerksverein stellte berechnete Forderungen, die die Zustimmung aller Bergarbeiter, ja sogar Ihres eigenen Verbandsorgans, fanden. Er stellte diese Forderungen, wie bewiesen, in berechtigter Weise. Und doch wurde er von Ihnen beschimpft. Sie warfen dem Gewerksverein „Eigenbrödelei“ vor und schrieben, seitens des Gewerksvereins werde „die Einigkeit mit Füßen getreten.“ Den Gewerksvereinsagitationen wird vorgeworfen, in Versammlungen und bei Hausagitation „unehrlich und schösel“ zu handeln und sich einer „unkameradschaftlichen, geradezu verlogenen Kampfesweise“ zu bedienen. Dieser Vorwurf ist um so ungeheurer, als er sich vorwiegend gegen die braven und opferwilligen Vertrauensleute unseres Gewerksvereins richtet, die im Interesse der gesamten Bergarbeiterschaft in ihren freien Stunden, nachdem sie sich bereits müde gearbeitet hatten, die Unterschriften zu der Petition sammelten. Ihre Erklärung spricht weiter von einem „schamlosen Verlangen der christlichen Agitatoren“, die mit Unwahrheiten operieren und protestieren gegen „diese Unterstellungen und Verleumdungen.“ Auch diese Vorwürfe richten sich vorwiegend gegen unsere Ortsvorstände und Vertrauensleute, denn wörtlich fügen Sie hinzu:

„In dem zur fraglichen Petition herausgegebenen Flugblatt verhält er (Der Gewerksverein D. B.) sich auffallend sachlich; desto verlogener aber gehen wie oben bemerkt, die Herren bei der Hausagitation und in Versammlungen vor. Also keine offene ehrliche Kampfesweise belieben diese Sorte Christen, sondern wo man sich unbeobachtet glaubt, da heßt man mit solchen verwerflichen Mitteln gegen uns.“

Damit noch nicht genug. Sie bringen in Ihrer Erklärung noch zahlreiche weitere beleidigende Worte und Beschimpfungen gegen den Gewerksverein, sprechen von „einer verlogenen Hege“ einer „hinterlistigen Agitationsmethode“ und „die Zersplitterung fördernde Eigenbrödelei und Miniarbeit des Gewerksvereins“. Ferner von dem „Teufelsplan der Christlichen“, „echt jehistischer Verdrehungskunst“, „höpplhaften geschilderten Zersplitterungsarbeit“, „falsches Spiel der Gewerksvereinsagitatoren“, Einigkeitszerstörer des Gewerksvereins“. Dann behaupten Sie: „Der Gewerksverein tritt die Abmachungen der gemeinsamen Bergarbeiterkongresse mit Füßen, zerstört die Einigkeit der Arbeiter, zum Gaudium der Scharfmacher.“

Das Schlimmste ist, daß Ihr Vorgehen nur den Werksbesitzern nützte. Die im Unternehmerinne geleitete „Sozial- und wirtschaftspolitische Korrespondenz“ schrieb deshalb mit Bezug auf Ihre Erklärung:

„So gibt also ein großer Arbeiterverband das selbst zu, was wir bereits vor mehreren Wochen behaupteten, nämlich: daß nicht das Wohl der Kumpels für die Einbringung so mancher Petition entscheidend ist, sondern — das Bestreben, die eigene Organisation zu stärken und der Konkurrenz das Wasser abzugraben.“

Trotz dieser Ihrer nur im Interesse der Werksbesitzer liegenden Haltung schreckte Ihr Verband dann wenige Wochen später vor der am 14. Dezember stattfindenden Erziehung der Berggewerbeberichtsbeisitzer nicht davor zurück, den Gewerksverein wiederum als Freund und Verbündeten der Zechen hinzustellen. Wörtlich schrieben Sie in einem allgemein verbreiteten Flugblatt:

„Wie die letzten Ausschuss- und Knappschäftsmassen zeigten, gingen Zechen und Gewerksverein Hand in Hand, und das dürfte auch bei den kommenden Berggewerbeberichts-wahlen geschehen.“

Und in einem weiteren Flugblatt behaupten Sie:

Der elektrische Einzelantrieb.

Wenn vielfach gesprochen und geplant wird, die zahlreich noch unbenutzten, hoch liegenden Wasserkräfte zu verwerten und man sich bemüht, denartige Pläne zu verwirklichen, so kann man doch nicht umhin, auch auf jene Stämmen zu hören, welche der mit einer Scheinbaren Verdrängung fragen, wo und in welcher Art die damit genommene elektrische Kraft verwertet werden soll. Man hat die hergehenden Hinweise auf die geplante Umwandlung unserer Behden vom Dampf zum elektrischen Betrieb, aber wahrscheinlich würde man uns antworten: „Die Beschäftigung ist noch nicht der Höhe.“ Die zureichende Antwort für jene, welche an einem großen Betriebsgebiete für elektrische Energie pochen, ist der Hinweis auf den elektrischen Einzelantrieb.

Wer sich die Verhältnisse und Zustände mit Dampftrieb anschaut, muß sich unwillkürlich fragen, ob es in unserer so hoch entwickelten Zeit noch denkbar und angängig ist, daß man den Arbeitern die wichtigsten Bedürfnisse — Licht und Luft — wie es geschieht, schenkt. Denn man darf an die Notwendigkeit dieses Geschlechtes, nicht es nur gut, sondern beim Aufbruch der Zeit unbenutzten Transmissionsriemen, der Leuchtkraft, wogegen, heiß und ungesund, heraus und heruntergehenden Transmissionsriemen, der Bergwerke sein. Die ununterbrochene Bewegung, des Lichtes, muß beängstigend und macht die Arbeiter ungesund und in bedauerlicher Weise gefährdet. Wer an Reaktionszeit gewöhnt ist, geht mit Unwissen den durch abstraktes, mit Staub vermishtes Del geschaffenen Schwanz, den durch die fort und fort rollenden Transmissionsriemen und Riemen aufzuwickelnden Staub mischt. Wer auch nur in geringerer Höhe für das Wohl jenes Mannes besorgt ist, muß die gefährlichen Riemenzüge, welche so vielfach Unheil anrichten, verhindern, und dringend Abhilfe suchen.

Der elektrische Einzelantrieb bietet diese Abhilfe. Jede Einzelmaschine ist es nun ein Reibrad oder eine Vorrichtung, eine Förderungs- oder eine Fördermaschine oder ein Förderer,

hat ihre eigene Kraftquelle, den Elektromotor, der mit der Maschine ein organisches Ganzes bildet. Derselbe kann ja allen Anforderungen angepaßt werden. Das Anlassen und Anhalten ist so einfach, daß jeder Arbeiter ohne weitere Kenntnisse dies sofort ausführen kann. Die vom Elektromotor betriebene Maschine setzt sich leicht und sofort in Bewegung beim Einschalten und kann ebenso leicht und sofort abgestellt werden, und wo es erforderlich, auch mit verschiedenen Geschwindigkeiten arbeiten. Nicht einmal einer besonderen Wartung und Pflege bedarf der Elektromotor. Unter allen Umständen ist die Übertragung der Energie in Form von Elektrizität möglich, wogegen die Kraftübertragung durch Riemen oft unüberwindliche Hindernisse finden und meist eine komplizierte mit der Transmissionsriemen parallele Aufstellung der Maschinen erfordert. Bei elektrisch angetriebenen Maschinen kann ohne jede Rücksichtnahme auf irgend etwas die Maschine angefaßt werden, wie es der Raum und die nötige Bewegungsfreiheit zwischen den Maschinen zweckmäßig finden lassen.

Bei den älteren Antrieben mit Haupttransmissionswelle, Riemen und Vorleger wird in mer Kraft verbraucht, auch dann, wenn alle Arbeitsmaschinen ruhen, also Kraftvergeudung bedeutet. Wenn die oft schwere Transmissionswelle und alles, was damit zusammenhängt, müssen immer in Betrieb bleiben, da ja jeder Augenblick eine Maschine in Betrieb genommen werden kann. Diese ununterbrochene Inbetriebhaltung der Transmissionswelle beansprucht aber eine unheimlich bedeutende, ganz unnötig vergebene Kraft, deren Erzeugungskosten im Betriebslande schon einen großen Posten bilden, als der oberflächliche Beobachter wohl glauben mag. Ein Beispiel solcher Kraftvergeudung bildet eine Dampfschleimerei. Es bedarf immer mehr oder weniger Zeit, bis der jenseitigen Maschine für diese oder jene Arbeit zu justieren, Messer schärfen, Profilmesser anpassen u. a. m., wobei die Maschine stille steht, während die Transmissionswelle weiter arbeitet.

Die gleichen Umstände ergeben sich aber in allen maschinellen Betrieben, welche bei der Arbeit ein mühsames Fort aber jede Arbeitsmaschine ihren eigenen Elektromotor, dann wird

diese tatsächlich nur dann und so lange Kraft brauchen, als sie wirklich Arbeit leistet. Bei solchen Betrieben entspricht also die notwendige Kraft der wirklich geleisteten Arbeit. Es wird an Kraft gespart auch dann noch, wenn ein Maschinenarbeiter es nicht wollte; denn so lange Kraft bezogen wird, läuft die Arbeitsmaschine und macht vorbereitende oder zurechtende Arbeiten unmöglich. In diesem Umstände, daß während der Pausen, welche die Maschine infolge der Eigenart ihres Betriebes stehen muß, liegt ein hoher Wert des elektrischen Einzelbetriebes, liegt die Gewähr, daß die aus unsern Wasserkräften zu holende Energie tatsächlich Verwendung finden kann und finden wird. Ersparnisse werden überall gern gemacht. Der Transmissionsbetrieb benötigt auch besondere Wartung und Schmierung, also jenseitig größere Auslagen an Löhnen und Material (Del und Fußzeug) und erfordert ständige Aufmerksamkeit und Kontrolle.

Je umfangreicher der Betrieb und je zahlreicher die Einzelteile des Antriebes sind, desto größer ist das Reparaturkonto. Die zahlreichen teuren Riemen bilden ebenfalls einen nicht gering zu schätzenden Kostenpunkt, so die zeitweilige Neuanschaffung für abgenutzte Riemen, Reparaturen und Schmierer der laufenden Riemen. Dabei bilden die zahlreichsten darin oder dorthin geführten Riemen eine ständige Gefahr für die Arbeiter, und alle Schutzvorrichtungen haben bisher Unglücksfälle nicht immer verhindern können. All diese Nachteile fallen beim Einzelantriebe mit Elektromotor weg. Mit dem Entfall der schwirrenden Riemen schwindet eine Gefahrquelle, deren Wirkung durch eine große Rißer in der Unfallstatistik ihren Ausdruck findet. Desgleichen wird dem Lichte freie Bahn geschaffen. Die Schkraft des Arbeiters funktioniert unbehindert und die Arbeit wird besser. Der Arbeiter arbeitet mit mehr Lust und Liebe in einem freien, freundlichen, lichtdurchfluteten Räume, wie das bei elektrischem Einzelantrieb zu erstellen ist, als wenn er in einer düsternen Vertikaler oder Fabrik arbeiten muß, wo alles schwierig vom abtropfenden Del und gefährdende Riemen das Licht verringern oder es unklar flackernd machen, und des weiteren

Die Zeichenherrscher und Zeuteherrscher gehen jetzt vielfach mit den christlichen Gewerksvereinen Hand in Hand, sie sehen in diesen ihre Männer, und verzichten deshalb meistens auf Aufstellung von eigenen Zeichenkandidaten.

Sie und Ihre Leute haben, wie gezeigt, den Gewerksverein noch vor wenigen Wochen und Tagen ohne Grund in der gehässigsten Weise angegriffen, verdächtigt und beschimpft, Sie haben insbesondere auch die Vertrauensleute unseres Gewerksvereins beschimpft und verdächtigt. Und jetzt scheuen Sie nicht, an uns den Antrag zu stellen mit Ihnen gemeinsam zu tagen. Glauben Sie, wir lassen unsere Organisation und unsere Vertrauensleute beschimpfen und setzen uns dann, ohne daß es im Interesse der Arbeiter notwendig ist, mit den Beschimpfern an einen Tisch? Wenn Sie diesen Glauben haben, dann schämen Sie uns falsch ein.

Wir brauchen nach der Vergangenheit unseres Gewerksvereins nicht besonders zu betonen, daß wir immer und überall, wo es das Interesse der Bergarbeiter erfordert, unseren Mann stellen. Zur Abhaltung überflüssiger Kongresse und sonstiger Zusammenkünfte sind wir jedoch nicht zu haben. Zeit und Geld lassen sich nutzbringender anwenden.

Zum Schluß müssen wir Ihnen im Interesse der Bergarbeiterschaft den guten Rat geben: Gewöhnen Sie sich an eine anständigere Kampfweise! Unterlassen Sie in Zukunft alle unnötige Bekämpfung, alle Verdächtigungen und Beschimpfungen anderer ehrlicher Arbeitervertreter und Arbeitervertretungen. Das erleichtert die gegenseitige Verständigung, wenn sie notwendig ist.

Mit Glückauf!

Der Zentralvorstand des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

J. A.

Röster.

Die Antwort wird den Leitern des alten Verbandes wenig zugesagt haben. Aber sie war verdient. — Nimmehar hat sich der Verband mit den Hirsch-Dunkern und den Polen verbündet, um den Kongress zustande zu bringen. War der Kongress selbst bei der Teilnahme aller Organisationen zwecklos, so ist er durch die Nichtteilnahme der christl. Bergarbeiter nimmehar ganz bedeutungslos. Die Blamage ist den sozial. Verbänden und ihren Nachläufern wohl zu gönnen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 2. Wochenbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 3.—9. Januar fällig ist.

Auszahlung von Unterstützungen. Beim Auszahlen von Unterstützungen ist streng darauf zu achten, daß keine rückständigen Beiträge vorhanden sind. Ist ein Mitglied einige Wochen im Rückstande, so müssen von der ersten Unterstützungssumme alle rückständigen Beiträge in Abzug gebracht werden.

Mitgliedsbücher. In den Mitgliedsbüchern fehlt häufig auf dem Titelblatt die eigenhändige Unterschrift des Inhabers. Dadurch ist es den Kassierern unmöglich, bei zugereisten Kollegen durch Vergleichung der Namensunterschrift im Mitgliedsbuche mit der auf dem Unterstützungsformulare festzustellen, ob das Mitgliedsbuch auch wirklich dem Vorzeiger gehört oder ob er nicht auf unehrliche Art und Weise in den Besitz desselben gekommen ist und sich die Unterstützungen erschwindelt. Bei der Aus-

zahlung immerwährende monotone surrnde Geräusch der Transmissionsteile, das nervöse und betäubende Wirkungen an sich hat.

In manchen Betrieben ist ja wohl auch größte Reinlichkeit ein unbedingtes Erfordernis, wo das Abtropfen und Wegschleudern von Schmieröl durch die Transmissionsteile großen Schaden bringen kann. Auch in der Hausindustrie könnte der elektrische Motor eine wichtige Rolle spielen. Auf dem Lande könnte der Elektromotor der gute Geist werden, der über die erwerbslose Zeit, in welcher die landwirtschaftlichen Arbeiten ruhen, hinwegzuhelfen vermag, wodurch der Zugang vom Lande zur Stadt ermöglicht und den städtischen Industriearbeitern somit weniger Konkurrenz geboten würde. Will man in Betracht ziehen, daß auf dem Lande allgemein über Leutenmangel geklagt wird, so kann ja gerade hier der Elektromotor auch eine willkommene Abhilfe bringen. Wie manchem schwer kämpfenden Handwerker auf dem Lande kann der Elektromotor geradezu ein Retter aus der Not werden, um sein von der maschinellen Konkurrenz bedrohtes Geschäft über Wasser zu halten und in Flor zu bringen? Unabsehbar kann man die segensreichen Folgen nennen, welche der elektrische Einzelantrieb zu erörtern imstande ist.

Wenn die noch drach liegenden Wasserkraften in Form von elektrischer Energie ihre Wiedergeburt oder Verwandlung feiern, wenn landaus und landein die in der Sonne blühenden kraftführenden Drähte ihr glänzendes Netz spannen, wenn aus den dunklen, schmutzigen und gefährlichen alten Wertstätten lichte, freundliche Räume werden, wenn das leise surrnde Geräusch des kleinen Elektromotors auf dem Lande in Werkstatt und Bauernstube heimisch ist und bezeugt, daß hier Arbeit und Verdienst ist, wenn auch draußen durch widernatürliche Naturereignisse der Boden seine Gaben verlag, wenn der Landwirt im Felde sofort sein Getreide dreschen kann, indem er den kleinen Motor seiner Dreschmaschine an den vorüberführenden Kupferdraht anschließt, dann wird wohl jedermann einsehen und erkennen, daß Dank des elektrischen Einzelantriebes die Kulturmachung unserer Wasserkraften nicht nur eine große, sondern auch eine gute fruchtbare Tat war.

händigung von Mitgliedsbüchern muß daher immer im Besitz des Vertrauensmannes oder Kassierers die Unterschrift vollzogen werden. Das gilt auch für die am Jahreschlusse von der Geschäftsstelle in Köln ausgestellten Erfahrungsbücher.

Ferner fehlt in manchen Mitgliedsbüchern über den Markensfeldern die Jahreszahl oder aber sie ist so undeutlich und klein hingeschrieben, daß sie mit Leichtigkeit geändert werden könnte. Die Kassierer mögen also beim Abstempeln der Beitragsmarken dort, wo es noch nicht geschehen ist, auf die einzelnen Seiten die Jahreszahl deutlich hinschreiben.

Höchstlag der Unterstützungen. Bei den vielen Unterstützungen, die zur Zeit gezahlt werden, wird es oft vorkommen, daß Mitglieder den Höchstlag erreichen. Wo dies der Fall ist, muß in dem Mitgliedsbuche unter die letzte Eintragung ein Strich gezogen und die Gesamtsumme hingeschrieben werden. Für diese Mitglieder beginnt ein neuer Unterstützungsanspruch erst wieder nach einem Jahre und nachdem weitere 52 Beiträge entrichtet sind.

Norddeutsches Gesamtverbands-Sekretariat.

Die Adresse des „Norddeutschen Sekretariats des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften“ ist ab 1. Jan. 1909 Georg Hartmann, Hamburg 22, Heitmannstraße 18 I. Telefon 8545, Amt IV.

Für pünktliche Einsendung der Abrechnung vom IV. Quartal wollen die Kassierer Sorge tragen. — Vertrauensleute, die etwa noch nicht abgerechnet haben, mögen dies umgehend besorgen.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Tretet keine Arbeitsstelle an, ohne Euch vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, daß nicht in jedem einzelnen Falle die Sperrung der Betriebe durch das Organ erfolgen kann; abgesehen davon, daß auch sonst aus taktischen Gründen die Veröffentlichung der Sperre nicht immer zweckmäßig ist. — Wer vor Schanden bei Arbeitswechsel geschützt sein will, ziehe deshalb die Ortsverwaltung zu Rate.

— Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralfstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Lauterbach (Schwarzwald.) In Nr. 52 der soz. „Holzarbeiter-Zeitung“ veruchen die hiesigen „Genossen in einem langen Artikel ihr schmähliches Verhalten, welches sie anlässlich der Entlassung einiger Drechsler bei der Firma Haberstroh an den Tag gelegt haben, zu beschönigen. — Auf den ganzen Buchstabenstapel der „Genossen“ einzugehen, ist uns das Papier zu schade. Besteht doch der ganze Artikel aus Lügen und Verdrehung. Es sei deshalb nur das notwendigste gesagt. Wir haben bis heute nicht geglaubt, daß es eine solche Dreistigkeit gäbe, wie sie unsere „Genossen“ an den Tag legen, die nach ihrem offenkundigen Arbeiterverrat auch noch Artikel schreiben um die andern Organisationen verdächtigen. — Wir wollen hiermit folgende Tatsachen feststellen:

1. Dem Obgenossen Paul Maurer wurden die gemeinsamen Sitzungen einberufen.
2. Von demselben wurde auch ein Artikel aufgesetzt, welcher in allen drei Gewerkschafts-Zeitungen erscheinen sollte, ebenso sollte in allen drei Organen gesperrt werden.
3. Die betreffenden Drechsler sind gerade deshalb entlassen worden weil sie nicht zu reduzierten Preisen arbeiteten.
4. Wir sind überzeugt, daß der betreffende „Genosse“ nicht zu den alten Preisen arbeitet, sondern daß der ganzen roten Drechslerlei wiederholt Abzüge gemacht worden sind. Auch wurde in den Sitzungen beschlossen, daß oben genannter Genosse nur so lange in der Drechslerlei arbeiten dürfe, bis er anderswo Beschäftigung finde. Derselbe arbeitet aber heute noch dort, ohne wohl je daran gedacht zu haben, sich um eine andere Arbeitsstelle umzusehen. Trotzdem heute noch von den Gemäßigten einer außer Arbeit ist, arbeiten schon längere Zeit mehrere rot organisierte an Stelle der Entlassenen. Einer derselben wurde sogar von der Vorstandschaft angewiesen, dort Arbeit anzunehmen.

Es ist sonst nicht unsere Sache, uns mit den Sozialdemokraten herum zu kratzen. Aber solche gemeinen Lügen, wie sie in diesem Falle gebraucht wurden, können wir uns denn doch nicht stillschweigend bieten lassen. Wir wissen was wir in Zukunft zu tun haben, denn wir sind nun überzeugt, daß mit den roten, die anscheinend aus Prinzip lügen und schwindeln, eine gemeinsame Sache nicht zu machen ist. Sorge jeder Kollege dafür, daß alle Indifferenten auf unsere Seite kommen, dann werden solche Sachen nicht mehr vorkommen.

Zurückwinken. Vor einigen Wochen sand hier eine öffentliche Verammlung statt, welche den Zweck haben sollte, die hiesige freie Hilfskassenkasse mit der Ortskassenkasse zu verschmelzen. Es wäre dies sicher im Interesse der Arbeiter zu begrüßen. Schon mehrere Wochen sind seit jener Verammlung verstrichen, ohne daß die gewählte Kommission sich einmal zusammensand. In Anbetracht dessen hat eine größere Verammlung mit länger und breiter Diskussion um die Sache herum, keinen großen Wert. Man kann aber jetzt schon sagen, daß alles beim alten bleibt. Und warum? Daß die Fabrikanten gegen eine Verschmelzung sind, ist begreiflich. Wie man nun hört, wollen die Fabrikanten, falls eine Verschmelzung zustande kommt, eigene Betriebskassen gründen. Es ist dies allgemein bekannt und ist deshalb mancher nicht mehr für eine Verschmelzung der beiden Kassen zu haben. Da hört man oft sagen: „Ja da ist nichts zu machen, wenn ein Arbeitgeber eine eigene Betriebskasse errichtet und zu den Arbeitern sagt, hier müßt ihr in die Krankenkasse, sonst stellt ich euch nicht ein, so muß man eben, wenn man arbeiten will.“ Ganz richtig! Aber hier liegt die Sache doch etwas anders. Wer sind nun diese Kapitalisten? Es sind in der Hauptsache jene, die das ganze Jahr sagen: „Ich was der Verband; geht mit weg mit eurem Verband; ihr habt

nichts davon, als daß ihr jede Woche 60 Pfg. bezahlen müßt. Gut, und wer ist schuld daran, daß durch die Organisation so wenig am Orte erreicht werden konnte? Niemand als jene selbst, die diesen Vorwurf erheben, die sich aus anderer Leute Leber Niemen schneiden wollen. Wären alle Arbeiter organisiert, so wäre die hiesige Krankenfassenangelegenheit bald in anderen Bahnen; so aber müssen die Arbeiter zusehen, was die Arbeitgeber machen. (Erwähnt sei noch, daß der Vertreter der Firma Dr. A. Krügener in der erwähnten Verammlung erklärte, seine Firma trete voll und ganz für die Versicherung ein.) Kollegen haltet die Krankenfassenangelegenheit einmal euren Nebenarbeitern vor ihr oft so fein zugespitztes Geruchorgan, vielleicht merken sie dann auch einmal, daß der Verband nicht nur zum Beitragszahlen da ist und welche Torheit es ist, wenn sie sich noch lange davon fern halten. Ja, glauben denn jene Indifferenten, die organisierten Kollegen seien immer nur da für andere den Rücken hinzufallen? Viele würden sich ja sicher nicht schämen, auf den Lorbeer anderer zu ruhen, wenn nur sie dabei schön lieb kind bleiben, selbst wenn sie hinten herum oft die ärgsten im Schimpfen sind.

In der Ortskrankenkasse ist man daran, die Familienversicherung einzuführen. Das ist gewiß ein sehr gutes und wichtiges Vorhaben, nur glauben wir, daß mancher Arbeiter deren Bedeutung noch nicht erkannt hat. Welche Folgen kann eine längere Krankheit der Frau oder des Kindes für den Arbeiter nicht haben. Kommt z. B. eine Frau ins Wochenbett und muß da schon den Arzt haben, und wird sie dann noch für einige Wochen krank, so daß sie den Arzt auch noch öfters braucht, so gibt das für den Arbeiter eine fast unerschwingliche Schuld. Dazu kommt noch eine ganz gefasene Apothekerrechnung. Das alles soll nun der Mann in einer bestimmten Zeit bezahlen, hat aber gerade z. B. einen ganz geringen Verdienst und ist es ihm so einfach nicht möglich, seine Schulden zu decken. Doch es kommt ihm ein „guter Freund“ zu Hilfe, die Armenverwaltung, die bezahlt die ganze Geschichte. Einige Wochen nachher ist Wahl. Auch da kommt der „gute Freund“, jedoch nicht um zu helfen. Der Arbeiter hat Armenunterstützung bezogen und darum kann er sich den Weg von der Arbeit zur Wahl sparen: er darf nicht wählen, nicht weil er ein Verbrechen begangen, nein, weil er unverschuldet in Not und Elend kam. Versichert nun ein Arbeiter seine Familie, so kommt er nicht in diese unangenehme Lage und ist die Versicherung schon aus diesem Grunde sehr gut. — Bei dieser Familienversicherung soll nun wöchentlich für die Frau sowie für jedes Kind ein Beitrag von 10 Pfg. erhoben werden, wofür freie ärztliche Behandlung und Heilmittel gestellt werden. Diese Beitragsleistung ist nach unserer Ansicht nicht ganz die beste. Hat z. B. ein Arbeiter 5 Kinder, so zahlt er wöchentlich 60 Pfg., ein anderer hat nur ein Kind, zahlt also 20 Pfg. Ersterer verdient kaum 3 Mk. täglich und ist so weniger imstande, zu seinen ohnehin großen Ausgaben noch wöchentlich die 60 Pfg. zu zahlen. Letzterer dagegen verdient 4—5 Mk., hat aber nur 20 Pfg. für seine Familienversicherung zu zahlen. Zudem kann es dann noch leicht der Fall sein, daß ersterer das ganze Jahr keinen Arzt und keine Apotheke braucht, letzterer dagegen aber muß fast jede Woche für seine Frau oder sein Kind zum Arzt springen und wenn es oft nicht so gefährlich ist; man zahlt ja jede Woche 20 Pfg. und die will man doch nicht umsonst bezahlen. Wir glauben, daß man da ein besseres System hätte finden können. Bei einer Versicherung sollte es heißen: Einer für alle und alle für einen. Hier zahlt aber der weniger Bemittelte für den Bessergestellten.

Krankengeldzuschusskasse.

Der heutigen Zeitungsendung liegen die neuen Marken bei. Die Bekanntmachungen in Nummer 1 und 52 des Organs werden nochmals den Kollegen zur Beachtung empfohlen.

Sterbefall.

Georg Düker, Schreiner, gestorben zu München. Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

Neue Steuern und Gewerkschaftsbeiträge. Zur Begründung der neuen Steuern, die jetzt kommen sollen, müssen die wunderbarsten Dinge herhalten; so auch die Gewerkschaftsbeiträge. „Die Arbeiter, die Gewerkschaftsbeiträge bezahlen, können auch höhere Steuern entrichten“, so hört man aus den Reihen der ohnehin Bessergestellten, die die jetzige Mehrbelastung der breiten Volksmasse, und das sind die Armen, aufhalten möchten. Eine sonderbare Logik. Die Arbeiter zahlen ihre Beiträge doch nicht aus Uebermut, oder weil sie nicht wüßten, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollen, sondern nur aus einer bitteren Notwendigkeit heraus. Um ihre unerträgliche wirtschaftliche Lage zu verbessern, mußten und müssen sie heute noch sich auch dieses Opfer auferlegen und sich die Beiträge vom Munde abbarben. Und wenn sie sich dann ein höheres Einkommen damit erkämpft haben, dann tritt heute schon die höhere Besteuerung ein, wie das die steigende Zahl der Pensionen bei der preussischen Einkommensteuer schlagend beweist. Aber daß sich die Arbeiter den „Lurus“ einer Standesorganisation überhaupt leisten, ist in den Augen jener Leute ein Verbrechen. Sie haben zu arbeiten und zu zahlen; weitere Rechte stehen ihnen nicht zu. Auch die „Kreuzzeitung“ bewegt sich in diesen Bahnen und nimmt es der „Sozialen Praxis“ sehr übel, daß diese den Gewerkschaften beiprinnt, und eine derartige Begründung der neuen Steuern als nicht nachhaltig zurückweist. Das Blatt fragt, was die Unterstützungen der Gewerkschaften zu bedeuten hätten, gegenüber der Sozialreform im Reiche, der Steuerfreiheit für geringe Einkommen, Schulgeldfreiheit usw. Da käme doch zunächst in Betracht, was die Arbeiter für Werte für die Gesamtheit geschaffen haben, wofür ihnen eine gerechte Entlohnung vorenthalten wurde. Und dagegen das andere, die Sozialreform und so weiter, als Gegenleistung.

Die soziale Praxis weist nun in ihrer neuesten Nummer nochmals nach, daß der größte Teil der Gewerkschaftsbeiträge den Mitgliedern in Form von Unterstützung wieder zufließt und daß auch der verbleibende Rest nicht nutzlos für die Arbeiterausgabe ausgegeben wird, da in ihm die Kosten für Verbandsorgane, das die Mitglieder unentgeltlich erhalten, für die Agitation, die heute in der Hauptache der Schulung und Erziehung der bereits gewonnenen Mitglieder diene, für Arbeitsnachweis, Unterrichtsstufe, Bibliotheken usw. einzufallen sei.

Bischof und „Berliner“. Eine bischöfliche Verordnung gegen die „Berliner“ wird aus der Diözese Meß gemeldet. Auf dem Delegiertentag der kath. Arb.-Vereine in Nothringen, auf welchem die beiden Richtungen vertreten waren, wurde den einzelnen Richtungen Richtlinien gegeben, woran sie in Zukunft zu halten hätten. So wurde zunächst beiden Richtungen gestattet, nämlich den Westdeutschen und den „Berlinern“ je einen eigenen Bezirksverband zu gründen bzw. zu bilden. Beide aber sollen unter die einheitliche Leitung eines Diözesanpräses gestellt werden. Ferner wurde bestimmt, daß alle neuzugründenden Vereine sich dem westdeutschen Verband anzuschließen hätten, während den „Berlinern“ verboten wurde, neue Vereine in Nothringen bzw. in der Meßer Diözese zu gründen. Mögen nun die „Berliner“ jetzt ihren so oft gerühmten Gehorsam gegen die kirchliche Autorität beweisen.

Soziale Rundschau.

Berggewerbeberichtsahlen im Ruhrrevier. Mitte Dezember fanden im Ruhrrevier Ersatzwahlen der Besitzer zum Berggewerbebericht statt. In 80 von den 173 Wahlbezirken mußte die Ersatzwahl der Arbeiterbesitzer stattfinden. Seit Jahren finden die sozialen Wahlen im Ruhrgebiet große Beachtung. Die Wahlen führen zu einem scharfen Kampf zwischen der christlichen und sozialdemokratischen Richtung in der Gewerkschaftsbewegung. Der Ausgang der Wahlen wird vielfach als Maßstab für die Stärke der beiden Richtungen bewertet. Er ist nicht ganz zuverlässig, weil bei den Wahlen nicht selten die noch unorganisierten, meist eingewanderten Elemente den Ausschlag geben. Diese sind oft aber nicht für die Unterstützung der christlichen Richtung zu haben. Immerhin sind die Wahlergebnisse auch für die Beurteilung der Stärke und Schlagfertigkeit der verschiedenen Organisationsrichtungen wichtig. Bei den allgemeinen Knappschaftskassenwahlen im Jahre 1904 und auch bei den Ersatzwahlen zum Berggewerbebericht im Dezember 1905 hatte der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter ungünstig abgemessen. Ebenso war auch das Ergebnis mancher Einzelwahlen für ihn nicht günstig. Die jetzt beendigten Ersatzwahlen zum Berggewerbebericht lieferten ein für den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter recht günstiges Resultat. Er vereinigte auf seine Kandidaten 15317 Stimmen und erhielt 25 Wähler, während allerdings der sozialdemokratische Verband 22510 Stimmen und 53 Wähler erhielt. Auf die polnische Berufsvereinigung entfielen 3500 Stimmen und 2 Wähler. Bei der Beurteilung des Wahlergebnisses ist zu berücksichtigen, daß bei diesen Wahlen die Domänen des sozialdemokratischen Verbandes stark beteiligt waren. In 10 Wahlbezirken war der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gar nicht oder so schwach vertreten, daß er nicht einmal Wahlkandidaten aufgestellt hatte. Die sozialdemokratische Presse spricht zwar noch von „der siegenden Kraft des Verbandes“, gibt jedoch zum Teil zu, daß in manchen Bezirken das Resultat „nicht befriedigend“ ist. Von sozialdemokratischer Seite ist bei dieser Wahl mit unerwarteten Mitteln gearbeitet worden. Der trotzdem gute Erfolg des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ist in diesem Augenblick besonders bedeutungsvoll. Die Massenunlust der letzten Jahre, insbesondere das Unglück auf Zeche „Klabber“, führen zu einer Neuderm der Berggesetzgebung. Es sollen Hauptprobleme aus den Kreisen der Arbeiter eingeführt werden. Gegen die Einführung der Kontrollente in der von den Arbeitern gewählten Form wird von den Arbeitgebern eingewendet, sie führe nur zur Wahl und Anstellung parteipolitischer Agenten; besonders die Sozialdemokratie werde dadurch gefährdet. Die Verordnungen bei den im Jahre 1905 und 1906 in Preußen erfolgten Berggesetzänderungen haben gezeigt, daß dieser Einwand auf die preussische Landtagsarbeit und die Regierung Eindruck macht. Hätte nun bei der Berggewerbeberichtsahl der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter nicht abgemessen, so wäre das wohl als neuer Beweis im Sinne des von den Arbeitgebern vorgelegten Einwandes angeführt.

Neue Hilfskassen (Agenten-Kassen) und Lebensversicherungen. Es ist manchmal unglücklich, mit welcher Leichtigkeit die Arbeiter den zungenfertigen Agenten der Privatversicherungsgeellschaften zum Opfer fallen. Die Warnungen, welche oft genug in der Presse gegen die verschiedenen Kassen und Lebensversicherungen ergehen, werden mit einer kaum zu erklärenden Sorglosigkeit in den Wind geschlagen. Es sollte doch Prinzip eines jeden Arbeiters sein, nach dieser Richtung hin etwas Besorgnis walten zu lassen und sich vor Abhängigkeit von Versicherungsverträgen, bzw. bei Eingehen von Versicherungen Ermahnungen über die in Frage

kommende Gesellschaft einziehen. Hinterher, wenn man sich betrogen sieht, läßt sich der Schaden nur schwer gut machen. Man lasse sich nie durch die oft auffallend großen in Aussicht gestellten Krankenunterstützungen verleiten einer solchen Krankenkasse beizutreten, die manchmal weit entfernt, und deren Geschäftsgebahren nicht kontrollierbar ist. In den meisten Fällen sind es Schwindelkassen, bei denen, um Unterstützung zu bekommen jedesmal ein Prozeß geführt werden muß, oder es sind die Bezugsbedingungen so verknäuelert, daß nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen die angeführten Unterstützungen bezogen werden können. Trotzdem die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes in der letzten Zeit sehr verschärft wurden, konnte die Gründung von Schwindelkassen nicht hintangehalten werden. Es ist unglücklich, welche Zustände in dieser Beziehung oft gerichtlich festgestellt und mit welcher Frechheit die Kassennmitglieder betrogen werden. Hierüber können zahllose Beispiele angeführt werden.

Nicht zu empfehlen ist für Arbeiter der Beitritt zu Lebensversicherungsgesellschaften. Die beste Lebensversicherung für den Arbeiter ist die Sparkasse. Hier kann er, so oft es ihm möglich ist, Geld einlegen, und im Notfall das eingelegte Geld wieder zurückziehen. Die Existenz des Arbeiters, sowie sein Einkommen ist unsicher und schwankend. Schon aus diesem Grunde ist es vorteilhaft, alle Ersparnisse so anzulegen, daß sie im Bedarfsfalle jederzeit zur Verfügung stehen. Tritt man einer Lebensversicherung bei, so hat man regelmäßig bestimmte Beitragsätze zu entrichten, deren Unterbrechung fast immer mit Nachteil verbunden ist. Treten Erwerbsstörungen ein, so ist der Arbeiter nachzukommen und neben dem Verlust der erhofften Vorteile vermisst er am schwerlichsten, daß er über seine Ersparnisse nicht verfügen kann. Wir wollen an einem Beispiel zeigen, wie sich das Versicherungsverhältnis gestaltet, damit die Kollegen daraus ersehen, daß es weit klüger ist, solchen Lebensversicherungen nicht beizutreten. Ein Arbeiter B. aus Bolmershofen ist im Jahre 1898 der Volksversicherung Fides, jetzt Providentia in Berlin beigetreten und verpflichtete sich zu einem wöchentlichen Beitrag von 50 Pfg. Er erhielt eine Versicherungspolize lautend auf 175 Mark und jährlich 3 1/2 Prozent Zinsen. Die Beiträge wurden pünktlich bezahlt. Im September 1908 war die Versicherungspolize abgelassen. Der Arbeiter hat während dieser Zeit 260 Mark bezahlt, und erhielt von der Gesellschaft samt Zins und Zinseszinsen 178 Mark und 70 Pfennig. Hätte der Arbeiter seine Ersparnisse bei einer Sparkasse hinterlegt, dann hätte er im gleichen Zeitraum um 100 Mk. mehr erhalten. Dies ein Beispiel von vielen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Aus den Geschäftsberichten der Waggonfabriken:
Die Waggonfabrik A.-G. in Herdingen wurde durch die auch im letzten Jahre vorgenommenen Vergrößerungen und Verbesserungen der Werkstätten in den Stand gesetzt, einen Umsatz von fast 6 Millionen Mark zu erreichen, der höchste seit dem Bestehen des Unternehmens. Im ganzen wurden 1365 Wagen abgeliefert, davon 1130 Güterwagen und 235 Personen- und Straßenbahnwagen. Der monatliche Durchschnittsertrag betrug 115 Wagen bei einem Verkaufspreise von 4230 Mk. der Wagen, gegen 110 Wagen bei einem Verkaufspreise von 3725 Mk. in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. — Im neuen Geschäftsjahre hat sich der Bestand an Aufträgen, der bei der Drucklegung des Geschäftsberichts 3,8 Mill. Mk. betrug, jetzt auf rund 4 Mill. Mk. erhöht. Bestellt wurden 565 Güterwagen und 235 Personenvagen. Wenn auch die Bestellungen der Staatsbahnerverwaltung um etwa 33% zurückgegangen sind, auch die Preise bei Aufträgen der Staatsbahn, wie der Gewerbe den Verhältnissen entsprechend gewichen sind, so wird doch in Anbetracht der außerordentlich niedrigen Bewertung der Bestände und der vorzüglichen Einrichtungen erwartet, im laufenden Jahr ein gutes Ergebnis hauswirtschaftlichen zu kommen. Die Dividende für das letzte Geschäftsjahr beträgt 12%.

Hannoversche Waggonfabrik, A.-G. in Ricklingen bei Hannover. Im Geschäftsbericht wird von der Verwaltung unter anderem nachstehendes angeführt: Unsere Werkstätten waren voll beschäftigt; wir erreichten in dem neun Monate umfassenden und am 30. September beendigten Rechnungsjahr, einschließlich der Nebenbetriebe in der Abteilung Holzbearbeitung, einen Umsatz von Mark 3506348 (gegen Mk. 2846960 in der entsprechenden Zeit des Vorjahres und Mk. 4014425 im ganzen Geschäftsjahr 1907). Nach der innere Ausbau des Werkes hat wesentliche

Fortschritte gemacht. Um die Werkplätze zu einer einheitlichen Anlage zu vereinigen, sind noch beträchtliche Geldmittel aufzuwenden; namentlich kommt der Erwerb wertvoller Grundstücke Erbauung neuer Werkstätten und die Anlage von Anschlußgleisen in Betracht. Die Verwaltung hat durch entsprechende Bemessung des Gewinnvortrages diesen Verhältnissen Rechnung getragen. Bemerkenswerten Aufschwung hat die Abteilung Ristenfabrik zu verzeichnen. Die vorliegenden und in Aussicht stehenden Bestellungen gewähren unseren Werkstätten ausreichende Beschäftigung auch für das laufende Geschäftsjahr. Unter diesen Umständen glauben wir, regelmäßige Betriebsverhältnisse vorausgesetzt, für das Jahr 1908/1909 ebenfalls ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können. Der Roh-Uberschuß beträgt Mark 761975. Nach Deckung der Unkosten, Zinsen und Abschreibungen verbleibt, einschließlich des Vortrags von Mark 125551 (im Vorjahre Mk. 58779 Verlustvortrag), ein Gewinn von Mk. 452243 (Mk. 317504), dessen Verwendung wie folgt vorgeschlagen wird: Zur Rücklage Mk. 16335 (Mk. 15875), Gewinnanteile an Vorstand und Beamte Mark 38795 (Mk. 37703), bezgl. an den Aufsichtsrat Mk. 17885 (Mk. 17274), 10% Dividende = Mk. 120000 (im Vorjahre die gleiche Dividende), Vortrag auf neue Rechnung Mk. 259229.

Recht günstig scheinen sich auch die Verhältnisse der Waggonfabrik A. G. vorm. Busch in Hamburg und Waagen für die Aktionäre zu gestalten. Trotdem die Gesellschaft erst vor etwa drei Jahren saniert werden mußte, waren Vorstand und Aufsichtsrat doch bereits im Oktober 1908, nach Berichten der Tagespresse wieder in der Lage, folgendes Menu eines gemeinsamen Mahles einzunehmen:

- „Kaviar im Eisblock — Saint-Perey mouffeur. — Schildkrötensuppe in Tassen. — Szamorodni Dr. Szabo Gyula. — Austern auf Hohenjollermarkt. — 1897er Ohligsberger, Wachstum Puricelli. — Kleine Kalbsbraten mit grünen Spargeln — 1900er Fortler Holz-Riesling Nusleise. — Forellen blau — 1904er Billinger Braune Kupp, Fuber 14. — Gänseleberstückchen. — 1864er Château Nilton Dubart Pauliac — Schnepfen. — 1883er Nüdesheimer Rottland-Kabinett. — Frische Champignons — Seidstet Monopol. — Kirsch-Eis — 1848er Lotager Kaju. — Verschiedene Käse, Obst-Eigenbau, Wokka — 1834er Cognac Grande Champagne.“

Da darf denn doch wohl angenommen werden, daß es mit dem Geschäftsgewinnen auch der Waggonfabrik Busch A. G. nicht schlecht bestellt ist.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten.

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder aufgenommen. Wer von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder diesbezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benutze den Fragekasten.

Frage 2.: Ein Kollege sagt mir, man müsse sämtliche Düttungen über ungetauschte Invalidentarten sorgfältig aufheben. Dagegen sagt ein anderer, man brauche bei eventuellen Ansprüchen nur die letzte Düttung und Karte vorzuzeigen als Nachweis, wieviel Karten man geklebt hätte. Wer hat nun Recht?
S. A.

Antwort 1.: Die Abrichtmessenwelle geht in der Längsrichtung zu lose und muß selbige dahin reguliert werden, daß sie keinen Spielraum zwischen beiden Lagern hat, damit ist dies kleine Uebel beseitigt.
L. R. in D.

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich der möglichsten Kürze in der Fassung zu befleißigen.

Adressenveränderungen.
Amberg. V. Hans Müller, Regensburgerstraße G. 31 1/2.
R. Michael Lotter, Sandstraße G. 92. Sektion der Schreiner:
V. Georg Fleischmann, F. 13b. Sektion der Zimmerer:
Hans Müller, Regensburgerstr. G. 31 1/2.
Breslau. V. August Gaste, Schulzenwiese 7 III.

Briefkasten.

Mehrere Berichte aus den Zahlstellen mußten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.
A. G. Davon ist uns nichts bekannt.
S. in S. Wir waren bislang nicht im Besitze der neuen Adresse und erklärt sich daher die Verzögerung.

Detmold.
Grüßte
Tischler-Fachschule
Programm frei. Dir. Reineking.
Zum Selbstunterricht empfehle:
Die **Farmenlehre f. Tischler** à Mk. 1.35.
Die **Stillehre I. J. f. Tischler** à Mk. 1.35.
Zu beziehen von
Direktor Reineking, Detmold.

Tischler-Fachkurse, Leipzig von Direktor **G. STREICH**
Werkmeister, Techniker, Zeichner, gesetzliche Meisterprüfung.
Anerkannt vorzügliche, einzig dastehende Lehrmethode. — Programm frei durch:
Die Druckerei, Bayerschestraße Nr. 115.

Deutsches Technikum
Lehr-Institut für Technisches Fern- und Korrespondenz-Unterricht
Berlin XIII, Schönbergstraße 8
Lehr: **Walter Lippmann, Ingenieur-Konstrukteur u. P. R. Lippmann.**
Geeignete theoret. Ausbildung für **Lehr- u. Hilfsarbeiter** durch schriftlichen Unterricht, nach erfolgreicher Methode u. ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. **Nur Honorar während des Besuchs der Lehreinrichtungen!**
Lehrmittel werden unentgeltlich. Teilnahme am Unterricht zu jed. Zeit möglich.
Am liebsten Programm gratis.

Genossenschaftl. Bürstentabrik
Kamberg (Pfalz).
Billigste und vorzüglichste Bezugsquelle für **alle Sorten Bürstenwaren**
für den Haushalt und industrielle Betriebe.
Lieferungen nach eingehenden Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.
Zahlstelle Ezersek.
Die Generalversammlung unserer Zahlstelle findet am Sonntag, den 10. Januar nachmittags 4 Uhr bei **Katzenböckli** statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht und wird vom Vorstande bestimmt erwartet.